



Kassensturz 2025

Situation der Stadt Gronau

**Finanzlage, Ursachen,
Konsequenzen –
Sachstandsbericht und
Ausblick 2026**

Präsentation am 13.11.2025



Kassensturz 2025 – Wie steht Gronau wirklich da?

Ehrlicher Überblick über die aktuelle Finanzlage

- Die finanzielle Lage der Stadt ist **desolat**, nicht nur angespannt.
- Die Schieflage ist das Ergebnis einer **jahrelangen Entwicklung**.
- Warnsignale wurden ab 10/2023 (HFA 25.10.2023) kommuniziert.
- Steuererhöhungsvorschläge der Verwaltung wurden mit aufwandsseitigen Konsolidierungsvorschlägen verrechnet.
- Resultat: keine echte Konsolidierung sondern Aufschub der Finanzmisere.
- Heute: **Kassensturz** – belastbare Grundlage für politische Entscheidungen.

Status Quo 2025

Verschleppte Probleme aus vergangenen Jahren, mangelnde Transparenz

- Bereits in 2025 nur knapp am Nachtragshaushalt vorbei: Die **Kassenkreditgrenze** aus der Haushaltssatzung 2025 ist mit 40 Mio. Euro **nicht auskömmlich**: Bedarf lt. Kämmerei ab 2026: 80 (!) Mio. Euro
- Vor diesem Hintergrund aktuelle, **zunehmende Schwierigkeiten bei der tatsächlichen Kreditaufnahme!** Die Banken verlieren das Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt.
- Massiver Rückstau von ca. 11.000 Überstunden und 1100 Urlaubstagen bei der Feuerwehr. Bedarf von bis zu sechs neuen Stellen angemeldet.
- Ergebnisprognose 2025: **-23,5 Mio. Euro** (ohne globalen MA)

Status Quo 2025

- Jährliche strukturelle Lücke mehr als 20 Mio. Euro (vgl. auch Budgetbericht III. Quartal 2025, Ratsvorlage 519/2025)
- Ausgleichsrücklage wird spätestens 2026 komplett verbraucht sein.
- Globaler Minderaufwand in Höhe von 2 % des ordentlichen Aufwands als Pauschalabzug ist auf Dauer nicht realisierbar.
- Der vom Rat im Rahmen des Haushalts 2024 für 2025 beschlossene pauschale 10 %-Abzug zu Haushaltsansätzen über sächliche Aufwendungen ist auf Dauer nicht umsetzbar, da inflationäre Entwicklungen und gesetzliche, sowie vertragliche Notwendigkeiten dieses Ziel konterkarieren.

Ergebnisplan 2026

Planungsstand 03.11.2025

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Planung 2027	Planung 2028	Planung 2029
		in €					
		1	2	3	4	5	6
01	Steuern und ähnliche Abgaben	96.873.309,29	107.523.700	110.257.400	114.030.800	117.626.300	121.008.200
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.913.048,01	32.031.514	45.203.616	31.846.167	31.556.339	32.671.728
03	+ Sonstige Transfererträge	1.874.763,95	1.778.500	1.766.500	1.766.500	1.766.500	1.766.500
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.807.153,51	9.969.480	10.701.608	10.725.824	10.715.285	10.795.285
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.963.119,94	2.773.576	3.040.940	2.775.940	2.605.940	2.605.940
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.627.136,75	8.855.588	9.787.923	9.834.998	9.815.298	9.910.298
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.209.633,54	6.580.975	7.583.279	6.696.275	6.755.270	6.820.651
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	323.646,08	375.000	375.000	375.000	375.000	375.000
09	+/- Bestandsveränderungen	-426,49	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	164.591.384,58	169.888.333	188.716.266	178.051.504	181.215.932	185.953.602
11	- Personalaufwendungen	41.583.175,96	45.390.157	47.660.565	48.579.565	49.499.565	50.419.565
12	- Versorgungsaufwendungen	5.611.900,34	4.683.490	5.118.535	5.118.535	5.118.535	5.118.535
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.246.218,10	32.197.275	32.945.448	29.931.998	29.765.908	28.537.568
14	- Bilanzielle Abschreibungen	9.122.341,07	9.059.297	9.771.607	9.488.639	8.902.683	8.728.622
15	- Transferaufwendungen	81.950.388,55	92.836.765	93.946.791	97.231.171	98.200.252	100.197.610
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.180.434,48	9.616.243	10.107.163	9.218.423	8.917.158	8.134.710
17	= Ordentliche Aufwendungen	178.694.458,50	193.783.227	199.550.109	199.568.331	200.404.101	201.136.610
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-14.103.073,92	-23.894.894	-10.833.843	-21.516.827	-19.188.169	-15.183.008
19	+ Finanzerträge	3.173.510,48	4.714.063	5.295.410	5.009.322	4.936.540	4.876.712
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.458.190,80	5.785.700	6.804.800	8.127.600	9.069.600	9.163.700
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-1.284.680,32	-1.071.637	-1.509.390	-3.118.278	-4.133.060	-4.286.988
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-15.387.754,24	-24.966.531	-12.343.233	-24.635.105	-23.321.229	-19.469.996
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-15.387.754,24	-24.966.531	-12.343.233	-24.635.105	-23.321.229	-19.469.996
27	- globaler Minderaufwand	0,00	3.869.200	3.991.000	3.991.300	4.008.000	4.022.700
28	= Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 26 und 27)	-15.387.754,24	-21.097.331	-8.352.233	-20.643.805	-19.313.229	-15.447.296

Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage

Der globale Minderaufwand in Höhe von 2 % des ordentlichen Aufwands bezieht sich auch auf alle pflichtigen defizitären Aufwendungen und wird nur durch **Zufall** erreichbar sein.

Vom soliden Haushalt zur strukturellen Schieflage

- Vor rund 10 Jahren: weitgehend ausgeglichene Haushalte.
- Vor ca. 5 Jahren: strukturelles Defizit etwa 10 Mio. € pro Jahr.
- Heute: strukturelles Defizit von über 20 Mio. € pro Jahr.
 - Dauerhafte Fehlbeträge im zweistelligen Millionenbereich
 - Aufzehrung des Eigenkapitals
 - Keine Trendwende in Sicht ohne Kurswechsel

Deutliche Warnsignale des Kreises als Kommunalaufsicht

- Der Haushalt 2025 wurde nur durch den Griff in die Ausgleichsrücklage, globalen Minderaufwand und Sondereffekte formell ausgeglichen.
- Die Genehmigungsverfügung bewertet die Lage - insbesondere den hohen Eigenkapitalverzehr und die Risiken aus isolierten Belastungen - äußerst kritisch.
- Der Kreis hat Zweifel an der Realisierbarkeit pauschaler Einsparansätze.
- Klare Botschaft der Aufsicht: Ohne glaubwürdige Konsolidierung ist eine Genehmigung zukünftiger Haushalte nicht gesichert.

Die Kommunalaufsicht kann auch Nein sagen

„Wir stehen an der Schwelle, an der andere über uns entscheiden könnten.“

Ein Haushalt mit dauerhaft zweistelligen Mio.-Defiziten, schwindendem Eigenkapital sowie unrealistischen Einsparannahmen **muss durch die Kommunalaufsicht nicht genehmigt** werden.






Folge einer Nicht-Genehmigung wären für die Stadt Gronau scharfe Auflagen, massive Eingriffe in unsere Finanzhoheit, sowie der faktische Verlust eigener Prioritätensetzung.

Was ist ein Haushaltssicherungskonzept?

Haushaltssicherung: Die Stadt steht unter Sanierungsaufsicht

Ein HSK ist ein **gesetzlich vorgeschriebenes Sanierungsprogramm**, wenn eine Stadt ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen kann und ihre Rücklagen aufgezehrt sind.

Es muss **verbindlich nachweisen**, wie der Haushalt innerhalb eines festgelegten Zeitraums wieder in ein dauerhaftes Gleichgewicht kommt. Dazu wird an **allen** Stellschrauben gedreht:

- Steuern und Abgaben 
- freiwillige Leistungen 
- Personal- und Sachaufwendungen 
- Investitionen und Kredite 
- Beteiligungen und Einrichtungen 

Was ist ein Haushaltssicherungskonzept?

Nicht mehr wir bestimmen die Spielräume, sondern das Konsolidierungsziel.

Das HSK wird **vom Rat beschlossen** und von der **Kommunalaufsicht genehmigt**.

Ohne genehmigtes HSK: kein funktionsfähiger Haushalt = Stillstand!!!

In der Praxis bedeutet ein HSK:

- deutlich **weniger Spielraum** für neue Projekte,
- **strenge Kontrolle** durch die Aufsicht,
- **Einschnitte** auch bei Angeboten, die politisch eigentlich gewollt sind.

Nachteile eines Haushaltssicherungskonzepts

Bereich	Nachteil	Auswirkung
Finanzielle Handlungsfreiheit	Starke Einschränkung bei Ausgaben und Investitionen	Stadt Gronau verliert Eigensteuerung, Ratsmitglieder quasi als „Statisten“
Investitionen	Verschiebung oder Streichung von Projekten	Stillstand bei Infrastruktur und Stadtentwicklung
Daseinsvorsorge	Kürzungen bei freiwilligen Leistungen	Abbau der Lebensqualität
Personal	Einstellungsstopps, sinkende Motivation	Qualitätsverlust im Verwaltungsservice
Bürgerzufriedenheit	Gebührenanstieg, Leistungsabbau	Vertrauensverlust in Politik und Verwaltung
Kommunalpolitische Gestaltung	Weniger politischer Spielraum	Kommunalpolitik verliert Gestaltungskraft
Zwangsaufsicht	Hohe Kontrolle durch die Kommunalaufsicht	Autonomieverlust der Kommune
Gebühren und Steuern	Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern	Belastung von Bürgern und Unternehmen
Wirtschaftsstandort	Standortattraktivität sinkt	Risiko von Abwanderungen
Strukturelle Ursachen	HSK löst oft nur Symptome	Langfristige Schieflagen bleiben bestehen
Planungsunsicherheit	Kurzfristige Genehmigungslogik	Erschwerte Langfristplanung.
Politische Konflikte	Streit über Sparmaßnahmen	Belastung des kommunalen Klimas.
Reputation der Stadt	Ruf als "finanzschwache Stadt"	Geringere Förderchancen.

Möchten wir das wirklich?

Ab wann sind wir in der Haushaltssicherung?

Ohne Kurswechsel droht die Haushaltssicherung und striktere Eingriffe der Aufsicht

Die Stadt Gronau **muss** ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufstellen, wenn einer der folgenden Fälle eintritt:

- Im Planjahr werden **25 % der allgemeinen Rücklage** aufgezehrt.
- In **zwei aufeinanderfolgenden Jahren** sinkt die allgemeine Rücklage jeweils um mehr als **1/20 (= 5 %)**
→ aktuell ca. **3 Mio. € pro Jahr**.
- In der Bilanz entsteht ein **Fehlbetrag**, der **nicht mehr durch Eigenkapital gedeckt** ist
→ bilanzielle Überschuldung.

Verlustvortrag – ein eng begrenzter Spielraum

- Ein Jahresfehlbetrag kann, wenn ein sofortiger Ausgleich nicht möglich ist, **maximal in die drei folgenden Haushaltsjahre** vorgetragen werden (Verlustvortrag). Der Verlustvortrag ist **genehmigungspflichtig** durch die Kommunalaufsicht.
 - Der Verlustvortrag ist **kein Freibrief**, um Defizite fortzuschreiben.
 - Wenn die Aufsicht nicht erkennt, dass die dauerhafte Aufgabenerfüllung gesichert ist, kann sie die Stadt zur **Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts verpflichten**.

Wie konnte es so weit kommen?

Fast 90% der Ausgaben sind gesetzlich vorgeschrieben

Externe Faktoren:

- steigende Pflichtaufgaben (Kitas, OGS, Soziales),
 - Beispiel a) Kinder-, Jugend-, Familienhilfe (Produktbereich 06) **34 Mio. Euro Defizit / Jahr**
 - Beispiel b) Schulträgeraufgaben (Produktbereich 03) **12 Mio. Euro Defizit / Jahr**
- höhere Umlagen (Kreis, Landschaftsverband),
 - Kreisumlage 2026 der Stadt Gronau = **30 Mio. Euro**
 - (darin enthalten: ca. 66 %Anteil für die Landschaftsumlage = **19,8 Mio. Euro**)
- Tarifsteigerungen, Sachkosten, Krisenfolgen.

Wie konnte es so weit kommen?

Fast 90% der Ausgaben sind gesetzlich vorgeschrieben

Interne Faktoren:

- zu späte und zu zögerliche Konsolidierungsmaßnahmen,
- Einsatz von globalem Minderaufwand und Einmaleffekten statt echter Strukturentscheidungen
- Ab sofort hinreichende, ehrliche und frühzeitige Information des Rates über die Tragweite der Entwicklung in Gänze.

Ergebnis:

- Strukturdefizite wurden verstetigt,
- Fehlentwicklungen sind nach Möglichkeit zu korrigieren.

Gronau im Kreisvergleich: negativer Spitzenreiter

Verschuldungssituation ist kein Normalfall, sondern Warnsignal

Jahresabschluss 2023		Investitionskredite		Liquiditätskredite	
Stadt / Gemeinde	Bilanzsumme	Absolut	Verhältnis zur Bilanzsumme	Absolut	Verhältnis zur Bilanzsumme
Bocholt	869.746.137	95.030.388	10,93%	0	0,00%
Borken	564.101.643	3.532.945	0,63%	0	0,00%
Gronau	528.117.290	145.136.399	27,48%	14.190.691	2,69%
Ahaus	504.101.734	21.464.076	4,26%	0	0,00%
Stadtlohn	267.053.249	36.715.810	13,75%	4.831.687	1,81%
Vreden	220.566.875	38.586.519	17,49%	665.471	0,30%
Rhede	189.669.494	23.084.777	12,17%	0	0,00%
Gescher	146.666.838	12.666.716	8,64%	0	0,00%
Velen	136.577.700	441.351	0,32%	183.639	0,13%
Reken	130.389.946	498.642	0,38%	0	0,00%
Raesfeld	106.513.225	46.849	0,04%	320.533	0,30%
Heek	103.586.276	7.621.484	7,36%	0	0,00%
Heiden	94.197.693	5.980.438	6,35%	84.843	0,09%
Isselburg	92.219.252	8.086.494	8,77%	121.917	0,13%
Südlohn	90.727.611	11.718.331	12,92%	0	0,00%
Schöppingen	81.338.842	978.811	1,20%	7.615	0,01%
Legden	67.447.224	2.156.761	3,20%	0	0,00%

Durchschnitt
Investitionskredite im
Kreis Borken: rund 8 %
der Bilanzsumme.
Gronau hat mit 27,48 %
mehr als das Dreifache
des Kreisdurchschnitts.
Bei Liquiditätskrediten
ist Gronau mit 2,69 % –
ebenfalls deutlich
erhöht.

Haushaltsparameter 2026 (Stand: 03.11.2025)

Planergebnis 2026 <u>ohne</u> globaler Minderaufwand:	-12,3 Mio. Euro
Einmalige Schlüsselzuweisungen:	13,3 Mio. Euro
Planergebnis ohne Einmaleffekt:	-25,5 Mio. Euro
Minimalkonsolidierung zur Vermeidung (Aufschiebung) eines Haushaltssicherungskonzepts ca. 10 Mio. Euro p.a.	

Keine Rettung durch das Land

„Investitionsbooster“ des Landes NRW stellt mit **19,87 Mio. Euro** bis 2036 eine „erweiterte Investitionspauschale“ dar, nicht mehr und nicht weniger. Davon müssen ca. 10 Mio. Euro in Bildung und Betreuung, 4 Mio. Euro in Liegenschaften und Klimaschutz und 6 Mio. Euro in Verkehr, Digitales, Sport und Sicherheit investiert werden.

Haushaltsparemeter 2026 (Stand: 03.11.2025)

Realsteuerhebesätze	Gronau 2025	fiktive Hebesätze GFG 2026	Erhöhung	Rechn. Fiktive Hebesätze differenziert	Hebesatz 2026 der Stadt Gronau
Grundsteuer A	275	345	25,5%		345
Grundsteuer B 1 (bebaut)	453			504	504
Grundsteuer B2 (unbebaut)	959			1068	1068
Grundsteuer B (berechnet)	574	639	11,3%		
Gewerbesteuer	439	421			439

Planungsstand
03.11.2025

Meldung GFG 2026		Ist in Euro	Hebesatz Gronau	Wert eines Hebesatzpunktes bezogen auf Ist im Referenzzeitraum	fiktiver einheitlicher Hebesatz
Ist-Einnahme vom 01.01.2025 bis 30.06.2025	B1 (Wohn)	2.620.409	453	5784,566909	
Ist-Einnahme vom 01.01.2025 bis 30.06.2026	B2 (nicht- Wohn)	1.745.453	959	1820,075673	
Gesamt-Ist vom 01.07.2024 bis 30.06.2025		4.365.861		7604,642582	574,1047436

Haushaltsparemeter 2026 (Stand: 03.11.2025)

Realsteuern	Ansatz 2026	Hebesatz lt. Entwurfs-planung	Wert eines Hebesatzpunktes, gerundet
Gewerbesteuer	69.749.600 €	439	160.000 €
Grundsteuer A	82.400 €	345	240 €
Grundsteuer B1 (Wohn)	9.762.900 €	504	12.000 €
Grundsteuer B2 (nicht-Wohn)		1068	4.000 €

Haushaltsparemeter 2026 (Stand: 03.11.2025)

Bilanzposten	Planung 31.12.2024	Planung 31.12.2025	Planung 31.12.2026	Planung 31.12.2027	Planung 31.12.2028	Planung 31.12.2029
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Allgemeine Rücklage:	62.691	62.691	62.691	54.914	54.914	54.914
Verlustvortrag aus Vorjahren:	0	0	0	0	20.644	39.957
Ausgleichsrücklage:	37.060	21.673	575	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	15.388	21.097	8.352	20.644	19.313	15.447
Jahresfehlbetrag ohne globalen Minderaufwand		24.967	12.343	24.635	23.321	19.470
Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage	0	0	7.777 12,4%	0 0,0%	0 0,0%	15.447 28,1%
Verlustvortrag ins neue Jahr	0	0	0	20.644	19.313	0
Summe des Eigenkapitals	84.363	63.266	54.914	34.270	14.957	-491

Dies bedeutet eine bilanzielle Überschuldung. Das Eigenkapital ist aufgebraucht.

Durch die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage wird der Haushalt 2026 genehmigungspflichtig.

Der geplante Verlustvortrag im Haushalt 2026 ist genehmigungspflichtig.

Planungsstand 03.11.2025

Bereits erste verwaltungsinterne Fortschritte

-alt-

Erster Planungsstand 14.10.2025

Bilanzposten	Planung 31.12.2024	Planung 31.12.2025	Planung 31.12.2026	Planung 31.12.2027	Planung 31.12.2028	Planung 31.12.2029
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Allgemeine Rücklage:	62.691	62.691	62.691	54.786	54.786	54.786
Verlustvortrag aus Vorjahren:	0	0	0	0	21.042	40.631
Ausgleichsrücklage:	37.060	21.673	575	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	15.388	21.097	8.480	21.042	19.589	16.100
Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage	0	0	7.905 12,6%	0 0,0%	0 0,0%	16.100 29,4%
Verlustvortrag ins neue Jahr	0	0	0	21.042	19.589	0
Summe des Eigenkapitals	84.363	63.266	54.786	33.744	14.155	-1.944

Die bilanzielle Überschuldung war zunächst um einiges höher und konnte im Laufe der verwaltungsinternen Haushaltsgespräche reduziert werden.

Planungsstand 03.11.2025

Finanzplan 2026

Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2024	2025	2026	2027	2028	2029
		in €					
		1	2	3	4	5	6
01	Steuern und ähnliche Abgaben	96.049.676,10	107.523.700	110.257.400	114.030.800	117.626.300	121.008.200
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.079.096,85	28.080.622	41.115.988	27.915.737	27.868.437	29.041.537
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.347.006,65	1.778.500	1.766.500	1.766.500	1.766.500	1.766.500
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.568.217,71	13.222.572	14.086.799	14.111.199	14.166.199	14.246.199
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.938.446,59	2.771.936	3.039.300	2.774.300	2.604.300	2.604.300
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.438.852,62	8.452.890	9.385.225	9.432.300	9.412.600	9.507.600
07	+ Sonstige Einzahlungen	4.354.594,25	3.731.500	3.686.360	3.799.360	3.863.360	3.929.360
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	3.130.683,94	4.714.063	5.295.410	5.009.322	4.936.540	4.876.712
09	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	159.906.574,71	170.275.783	188.632.982	178.839.518	182.244.236	186.980.408
10	- Personalauszahlungen	37.863.346,34	42.560.404	44.418.513	45.337.513	46.257.513	47.177.513
11	- Versorgungsauszahlungen	4.353.060,93	4.485.090	4.920.135	4.920.135	4.920.135	4.920.135
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.168.572,54	33.977.067	36.349.390	30.280.940	29.937.850	28.519.510
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	8.258.229,60	9.785.700	10.954.800	12.277.600	13.219.600	13.313.700
14	- Transferauszahlungen	82.593.882,36	92.457.025	93.557.191	96.841.571	97.810.652	99.808.010
15	- Sonstige Auszahlungen	8.603.260,65	8.963.400	9.202.395	8.313.655	8.312.390	7.529.942
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit*	170.840.352,42	192.228.686	199.402.424	197.971.414	200.458.140	201.268.810
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-10.933.777,71	-21.952.903	-10.769.442	-19.131.896	-18.213.904	-14.288.402
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	8.432.888,30	5.489.523	10.868.737	5.484.087	6.876.987	4.457.987
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	62.644,15	0	0	0	0	0
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	100.000,00	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	238.109,08	0	2.120.800	1.175.800	2.876.200	5.410.100
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	779.659,61	6.971.260	5.145.590	5.172.660	5.174.420	5.176.720
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.613.301,14	12.460.783	18.135.127	11.832.547	14.927.607	15.044.807
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	266.156,11	3.870.000	3.570.000	3.345.000	3.000.000	3.000.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	20.376.014,52	41.413.000	49.084.800	65.145.000	22.227.000	7.950.000
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.413.265,48	5.251.100	6.570.450	4.842.555	2.679.180	2.150.600
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	2.723.271,21	5.705.200	4.566.527	4.291.829	4.230.757	4.182.429
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	2.291.878,89	1.350.000	1.550.000	1.200.000	1.250.000	1.000.000
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	778.822,41	1.750.000	1.000.000	0	0	0
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	28.849.408,62	59.339.300	65.350.777	78.824.384	33.386.857	18.283.029
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)	-19.236.107,48	-46.878.517	-47.215.650	-66.991.837	-18.459.250	-3.238.222
32	= Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)	-30.169.885,19	-68.831.420	-57.985.092	-86.123.733	-36.673.154	-17.526.624
33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	36.812.216,56	46.653.000	46.990.000	66.761.000	18.229.000	3.008.000
34	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für zur Liquiditätssicherung	80.000.000,00	31.600.000	21.100.000	30.700.000	30.600.000	27.000.000
35	- Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	7.520.029,98	9.375.200	10.033.100	11.273.800	12.116.500	12.450.100
36	- Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung	64.190.691,45	0	0	0	0	0
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	45.101.495,13	68.877.800	58.056.900	86.187.200	36.712.500	17.557.900
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	14.931.609,94	46.380	71.808	63.467	39.346	31.276
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	489.079,66	0	46.380	118.188	181.655	221.001
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	3.198.198,10	0	0	0	0	0
41	= Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39 und 40)	18.618.887,70	46.380	118.188	181.655	221.001	252.277
*nachrichtlich: Globaler Minderaufwand		0,00	3.869.200	3.991.000	3.991.300	4.008.000	4.022.700

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist durchgängig negativ. Das bedeutet, für die Tilgung von langfristigen Investitionskrediten ist eine zusätzliche Verschuldung notwendig (= Schuldenspirale).

Das Investitionsausgabeverhalten ist zwingend zu überprüfen.

Weitere Aufnahme von Kassenkrediten zur Finanzierung des laufenden Tagesgeschäfts muss zurückgeführt werden.

Jede weitere Million Kredit kostet – jedes Jahr

Faustformel: 1 Mio. € zusätzlicher Investitionskredit \approx 50.000 € Kapitaldienst / Jahr.

Beispielrechnung: Eine Investitionsmaßnahme kostet 17 Mio. Euro, die andere 13 Mio. Euro. Durchführen – ja oder nein oder teilweise?

Einsparung Zinsaufwand:

17-Mio.-Projekt: **451.000 EUR / Jahr**

oder **3 Punkte Gewerbesteuer.**

13-Mio.-Projekt: **346.000 EUR / Jahr**

oder **87 Punkte Grundsteuer B2.**

Leitlinien für den Kurswechsel

- **Ehrlichkeit statt Kosmetik**
Keine fiktiven Einsparpauschalen, keine Schönrechnerei, keine einmaligen „Tricks“ als Dauerlösung.
- **Aufgabenkritik vor Gießkanne**
Systematisch prüfen: Was ist Pflicht, was strategisch notwendig, was können wir uns real nicht mehr leisten?
- **Investitionen strikt priorisieren**
Nur Projekte mit klarer Wirkung für Pflichtaufgaben, Daseinsvorsorge, Zukunftsfähigkeit und finanzieller Tragbarkeit.
- **Strukturen und Effizienz prüfen**
Prozesse, Organisation, Kooperationen – wo können wir nachhaltige Entlastung schaffen?
- **Liquidität und Verschuldung aktiv steuern**
Kassenkredite begrenzen, Tilgungspfad definieren, Risiken (Zins, Isolierungen etc.) ehrlich einpreisen.
- **Transparenz gegenüber Rat und Öffentlichkeit**
Regelmäßige, schonungslose Finanzberichte als Standard.

(Rechen-)Beispiele zur Defizitreduktion

Minimaler Ausgleich = „fiktiver“ Ausgleich = 10 Mio. EUR / Jahr

- **Defizitbegegnung in den defizitären Beteiligungen ab 2027:** z.B. 1 Mio. EUR / Jahr Einsparung (alternativ: 7 Punkte Gewerbesteuer)
- **Gewinnausschüttung der SWG auf „Normalniveau“ der Vergangenheit:** 1,0 Mio. Euro p.a. (alternativ 250 Punkte Grundsteuer B2)
- **Verzicht auf freiwillige Schülerbeförderungskosten:** ca. 0,4 Mio. EUR / Jahr (alternativ: 33 Punkte Grundsteuer B1)
- **Städtische Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge:** z.B. 35.000 EUR / Jahr. (alternativ: 9 Punkte Grundsteuer B2) **Weitere 7 Mio. EUR / Jahr ???** (alternativ: 44 Punkte der Gewerbesteuer)

Weiteres Verfahren

- 19.11.2025 Information an Rat und Öffentlichkeit zur aktuellen Finanzlage der Stadt
- 20.11.2025 (technisch bedingter) Planungsabschluss für den Haushaltsentwurf 2026
- 17.12.2025 Einbringung des Haushalts im Rat
- In der Folge, kontinuierliche Weiterentwicklung des Entwurfs zur Erreichung möglichst umfassender Konsolidierungsziele.
- Verwaltungsseitige Jahresterminplanung für zukünftigen HH-Fahrplan

Fazit zum Kassensturz 2025:

- Die aktuelle Finanzlage der Stadt Gronau ist nicht tragfähig. Ein „Weiter so“ führt absehbar zu Haushaltssicherung und Verlust kommunaler Gestaltungshoheit.
- Der Haushalt 2026 wird (Stand heute) genehmigungspflichtig sein. Der vorgesehene Verlustvortrag wird ebenso genehmigungspflichtig sein. Ziel muss sein, durch Konsolidierungsmaßnahmen die Genehmigungspflicht abzuwenden.
- Wir müssen uns selbst helfen (konsolidieren). Auf einen auskömmlichen kommunalen Finanzausgleich ist kein Verlass!
- Dabei gilt folgende Reihenfolge: Erst Aufgabenkritik, dann Möglichkeiten der Personalreduzierung ausschöpfen.

Nur gemeinsam können Rat und Verwaltung die notwendige finanzielle Kurskorrektur angehen und umsetzen. Wenn dies nicht zusammen gelingt, führt der Weg fast sicher in die Haushaltssicherung.



**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!**

Haben Sie
noch Fragen?

Gibt es
Anmerkungen?

